Kursfrage
Wo geht's hin, Herr Schulz?
SEITE 14

AZ-Interview
Söder über Sicherheit und Zuwanderung
SEITE 15

politik

ABENDZEITUNG SAMSTAG, 28. 10. 2017 / NR. 249/43
TELEFON 089.2377-3100
E-MAIL POLITIK@AZ-MUENCHEN.DE

Steht Jamaika vor dem Aus?

Bei Schwarz, Gelb und Grün ist Ernüchterung eingekehrt. Wie erwartet knirscht es bei heiklen Themen. Versöhnung ist noch nicht in Sicht

Noch weit entfernt ist derzeit eine Jamaika-Koalition. Dieses Bild zeigt einen Strand in der Region Portland auf der Karibikinsel. Foto: imago

Nach dem ersten Jamaika-Krach bei den großen Reizthemen Klima und Flüchtlinge müssen sich Union, FDP und Grüne zusammenraufen. Doch danach sieht es derzeit nicht aus.

Die Öko-Partei forderte am Freitag ein klares Bekenntnis zu den Klimaschutzzielen. Die FDP hingegen verwahrte sich gegen Vorwürfe bei diesem Thema und lässt weiterhin offen, ob ein Bündnis überhaupt zustande kommt. Und die CSU besteht weiter hart auf einer Begrenzung der Zuwanderung.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte, ohne Festlegung auf die Klimaschutzziele „können wir nicht weitersprechen".

In den Sondierungen am Donnerstagabend war in Verhandlungskreisen ein Bekenntnis von Union, FDP und Grünen zu den verschiedenen Zielen der Treibhausgas-Reduktion bestätigt worden. Die FDP machte aber kurz darauf deutlich, dass das Einhalten aus ihrer Sicht ein an Verhältnismäßigkeit gebundenes „Wollen" und kein „Müssen" sei.

FDP-Fraktionsgeschäftsführer Marco Buschmann kritisierte: „Der wiederholte Versuch, der FDP zu unterstellen, wir stünden nicht zu den Klimazielen von Paris, ist einfach Unsinn." Es gelte nur, „dass man ein Stück weit kreativer nachdenken muss." Versorgungssicherheit und der Industriestandort müssten gesichert werden. Angesichts der hohen Kosten, die weitere Einsparungen des Treibhausgases CO_2 in Deutschland mit sich brächten, müsse darüber diskutiert werden, ob Einsparungen nicht in anderen Ländern gefördert werden könnten.

FDP-Generalsekretärin Nicola Beer schätzt die Chance des Zustandekommens einer Koalition lediglich auf 50 Prozent. „Das kann gelingen, dann muss es aber auch mehr Mut am Tisch geben", sagte sie dem SWR.

Und Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter erklärte der AZ: „Uns war klar, dass Sondierungen mit der Union und der FDP nicht einfach werden. Wir Grüne wollen das Gelingen – aber nicht um jeden Preis." Eine Regierungsbeteiligung mache nur Sinn, wenn die großen Probleme angepackt werden: „Klimakrise, Migration, der Zustand der EU, aber auch Mieten, Kinderarmut und die Befristung von Jobs für junge Menschen. Diese Themen sind für uns Grüne zentral."

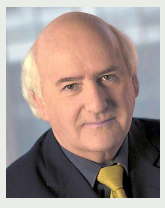
Beim Reizthema Zuwanderung sollen die Parteichefs laut Jamaika-Fahrplan nun möglichst bis kommenden Donnerstag Lösungswege besprechen. An diesem Montag aber sollen die Sondierungen zunächst mit anderen Themen fortgesetzt werden. Auf der Agenda stehen „Bildung, Forschung, Innovation, Digitales, Medien", dann „Arbeit, Rente, Gesundheit, Pflege, Soziales" sowie „Innen, Sicherheit, Rechtsstaat". ***wot***

MÜNCHNER POLITIKWISSENSCHAFTLER

„Die Inszenierung eines Machtspiels"

Wie wahrscheinlich sind Neuwahlen? Laut Einschätzung des Politologen Stefan Wurster von der Hochschule für Politik der TU München ist ein Scheitern der Jamaika-Gespräche „für keine der Parteien eine Option". „Keiner könnte einen Vorteil daraus ziehen", sagt er der AZ. Denn vor allem von Union und FDP werde erwartet, dass sie ein regierungsfähiges Bündnis auf die Beine stellen.

Wurster ist sich sicher: „Im Falle von Neuwahlen würden sowohl Union und FDP als auch die Grünen abgestraft." Einen erneuten Urnengang hält der Experte derzeit für unwahrscheinlich.



Experten Wurster (l.), Weidenfeld.

Für CSU-Chef Horst Seehofer, sagt Wurster, sei die Hängepartie um Jamaika „gar nicht so schlecht". Grund: Dadurch gewinne er Zeit im parteiinternen Streit um seine Person und seine Zukunft.

Politik-Wissenschaftler Werner Weidenfeld, Professor am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) an der LMU München, glaubt ebenfalls nicht an Neuwahlen. „Diese helfen niemandem außer der AfD", sagt Weidenfeld der AZ. „Am Ende wird eine Jamaika-Koalition kommen." Der Politologe ist überzeugt: „Was wir da von den Beteiligten sehen, ist die Inszenierung eines Machtspiels." Die Parteien müssten ihren Anhängern und der Basis solche Zuspitzungen bieten und sich stets kämpferisch zeigen. ***wot, oz***

MEINUNG

Torsten Henke
Der AZ-Korrespondent über den Jamaika-Krach.
politik@az-muenchen.de

Untiefen vor Jamaika

Eine Seefahrt, die ist lustig, eine Seefahrt, die ist schön? Nicht die nach Jamaika, auf die sich Union, FDP und Grüne begeben haben. Sie werden nur ankommen, wenn sie lernen, an einem Strang zu ziehen. Noch jedoch sind sie davon weit entfernt. Was nicht verwunderlich ist. Von den Grünen bis zur CSU – das ist schon eine enorme politische Distanz, die es zu überwunden gilt. Dazu sind Geduld und Geschick nötig. Und Vertrauen. Vor allem bei Letzterem hapert es.

Da werden erste Leitlinien zur Haushalts- und Finanzpolitik vorgestellt, die der Schwarz-Gelb-Grün-Skeptiker Jürgen Trittin direkt wieder infrage stellt. Kein Wunder, dass Christdemokraten und Liberale die Verlässlichkeit der Sonnenblumenpartei anzweifeln. Doch sie sind kaum besser. Trafen sich doch die Spitzen von CDU/CSU und FDP und sondierten ohne die Grünen. Wie aber soll man sich aufeinander verlassen, wenn ein Partner das Gefühl hat, bloß fünftes Rad am Wagen und Mehrheitsbeschaffer zu sein, während sich die anderen schon einig sind?

Zentralrat der Muslime rät zur Wahl von AfD-Mann Glaser

Man dürfe der Partei „nicht diese Opferrolle" zugestehen", begründet Vorsitzender Mazyek

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) rät dazu, den umstrittenen AfD-Kandidaten Albrecht Glaser zum Bundestagsvizepräsidenten zu wählen. „Ich habe zwar vollsten Respekt für die Abgeordneten, die bei der Abstimmung über den AfD-Kandidaten mit ‚Nein' gestimmt haben, und ich verstehe auch ihre Beweggründe", sagte ZMD-Chef Aiman Mazyek am Freitag. Man dürfe der AfD aber „nicht diese Opferrolle" zugestehen.

Aus seiner Sicht wäre es daher besser, den AfD-Kandidaten als einen von sechs Stellvertretern von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) zu akzeptieren. Mazyek erklärte: „Dann müssen wir eben damit klarkommen, dass wir einen Islamhasser und Rassisten als Bundestagsvizepräsidenten haben – das ist Deutschland 2017, das ist traurig, aber wahr."

ZMD-Chef Aiman Mazyek (l.) und AfD-Politiker Albrecht Glaser. Fotos: dpa

Glaser hatte am Dienstag in der konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages als einziger Kandidat nicht die nötige Mehrheit erhalten (AZ berichtete). Abgeordnete anderer Parteien hatten dem 75-Jährigen vorgeworfen, er habe die Religionsfreiheit der in Deutschland lebenden Muslime in Abrede gestellt. Glaser weist diesen Vorwurf zurück.

In einer Rede bei einer AfD-Veranstaltung im vergangenen April hatte er gesagt: „Wir sind nicht gegen die Religionsfreiheit. Der Islam ist eine Konstruktion, die selbst die Religionsfreiheit nicht kennt und die sie nicht respektiert. Und die da, wo sie das Sagen hat, jede Art von Religionsfreiheit im Keim erstickt. Und wer so mit einem Grundrecht umgeht, dem muss man das Grundrecht entziehen." Glaser hatte 2016 zusammen mit der damaligen AfD-Chefin Frauke Petry an einem Treffen mit Mazyek teilgenommen. Das Treffen endete im Streit.

Mazyek sagte nun, Glaser präsentiere in seinen öffentlichen Äußerungen eine „Betonauslegung des Islam, die bei den Muslimen in Deutschland überhaupt nicht mehrheitsfähig" sei. Das Islamverständnis des AfD-Politikers sei dem Religionsverständnis radikaler Salafisten zum Verwechseln ähnlich. Gleichzeitig liefere die AfD eine Steilvorlage für Salafisten, die ständig behaupteten, „Deutschland hasst uns, wir sind hier nicht gewollt." ***abc***